

Gratis-ÖV für Umweltbewusste

Baselbiet | Klima-Petition soll als Postulat behandelt werden

In einer Petition fordert die Baselbieter Juso unter anderem autofreie Sonntage und ein Angebot veganer Speisen in öffentlichen Institutionen. Der Regierungsrat lehnte diese ab. Nun bittet ihn die Petitionskommission darum, die Juso-Forderungen als Postulat entgegenzunehmen.

Anna Uebelhart

Die Geschäftsleitung des Landrats hat am 14. Februar eine Eingabe der Baselbieter Jungsozialisten und -sozialistinnen (Juso) als Petition zur Vorberatung an die Petitionskommission überwiesen. In dieser fordert die Juso die Regierung auf, den Klimanotstand auszurufen. Weiter sollen autofreie Sonntage, vegane Ernährung in öffentlichen Institutionen, Gratis-ÖV, 25-Stunden-Woche und Desinvestment zum Wohle der Umwelt umgesetzt werden. Der Regierungsrat stellt sich in seiner Antwort gegen die einzelnen Forderungen der Petition, die am 30. April an einer Kommissionssitzung beraten wurde. Nun beantragt die Petitionskommission dem Landrat mit 4 zu 3 Stimmen, die Petition der Juso als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

Zur Forderung, Sonntage künftig allgemein autofrei zu machen, erklärt der Regierungsrat, dass die Zuständigkeit für Verkehrsanordnungen bei den jeweiligen Strassen-eigentümern liege. Da der Kanton nur auf kantonalen Strassen Verkehrsbeschränkungen anordnen könne, wäre eine Sperrung auf diesen Strassen weder zweckmässig noch praxistauglich. Der Verkehr auf



Ein Verpflegungsangebot ohne tierische Produkte, finden die Jungsozialisten, sollte es in allen öffentlichen Institutionen geben. Bild zvg

Nationalstrassen etwa würde weiterlaufen.

Der Regierungsrat bezeichnet staatliche Verbote, Gebote und Kontingente zur Ernährung als einen «schwerwiegenden Eingriff in die Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerung». Er hält in seinem Schreiben aber auch fest, dass in der Schweiz pro Jahr dreimal mehr Fleisch konsumiert werde, als die nationalen Verzehrsempfehlungen vorschlagen würden, und sich eine vegane Ernährung tendenziell günstig auf die «theoretische» Umweltbelastung auswirke. Dennoch, der Regierungsrat erachtet die Juso-Forderung nach einem veganen und umweltschonenden Angebot in öffentlichen Institutionen aus verschiedenen Gründen als «nicht erstrebenswert». Ähnlich wenig überzeugt zeigt er sich bezüglich des von der Juso vorgeschlagenen Gratis-ÖV. Laut Regierungsrat kann mit einer

Verbesserung des ÖV-Angebots eher eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr erreicht werden, als mit Gratis-ÖV.

Nachvollziehbarkeit fehle

Eine weitere Forderung, die Einführung einer 25-Stunden-Woche, begründet die Partei folgendermassen: «Eine Reduzierung der Arbeitszeit bringt eine grundlegende Änderung unserer Produktions- und Konsumgewohnheiten mit sich.» Die Erderwärmung könne so massiv eingeschränkt werden. Nachhaltiges Verhalten würde mehr Zeit in Anspruch nehmen, daher müsse diese der Bevölkerung durch eine Reduktion der Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden, so Juso-Präsidentin Anna Holm bei der Anhörung. Der Regierungsrat lehnt auch diese Forderung ab und bezeichnet die direkte Verbindung zwi-

schen der Arbeitszeitreduktion und der Reduktion der Erderwärmung als «nicht nachvollziehbar».

Mit ihrem letzten Anliegen, dem Desinvestment, möchten die Jungsozialisten erreichen, dass öffentliche Gelder nachhaltig investiert werden und nicht an Unternehmen gehen, die fossile Energieträger wie Öl und Gas fördern. In seiner Antwort verweist der Regierungsrat unter anderem auf das im Januar 2017 in Kraft gesetzte Energiegesetz, in dem die Einsparziele für den Energieverbrauch bis 2050 sowie die Ziele für den Mindestanteil an erneuerbarer Energie bis 2030 verankert seien.

Holm nehme das Schreiben des Regierungsrats mit Erstaunen zur Kenntnis, wie sie bei der Anhörung Ende April mitteilte. Weiter erachte sie die Forderungen der Petition nicht als unrealistisch. Mit ihnen solle ein gesamtheitliches Umdenken in der Gesellschaft erreicht werden. «Pflasterlipolitik», so sagt sie, könne man sich jetzt nicht mehr leisten.

Die Petitionskommission hält in ihrem Bericht fest, dass die Strossrichtung der Petition teilweise nachvollziehbar sei. Die Stellungnahme der Regierung zeige den gesetzlichen Rahmen und die Gründe auf, wieso die Forderungen so nicht umgesetzt werden sollen. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder hätte sich jedoch mehr Offenheit und das Aufzeigen von Lösungsansätzen vonseiten des Regierungsrats gewünscht. Diese Mehrheit bittet den Regierungsrat nun darum, die Petition als Postulat entgegenzunehmen. Im Zuge dessen soll dieser allfällige Umsetzungsmöglichkeiten der Petitionsforderungen aufzeigen.